Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.73.
Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstraße 38 u. in den Annahmestellen von Vorm. 8 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11—½1 Uhr Mittags.
Anzeigentarif. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pf.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pf. (für Familiennachrichten u. s. w.), bez. 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblatter wird mit 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.
Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden, Altmarkt 2.**

Gewissenhaft, mässige Preise.
Patent-Bureau Reichelt. Dresden-N. Hauptstr. 4.
Erwirkg. u. Verwerth. in allen Staaten, Marken-Muster und Gebrauchs-Muster-Schutz.
Musterausstellung Auskunft kostenlos. Teleph. Amt II, No. 99.
Inhaber: **Emil Reichelt,** Ing. u. Patent-Anw

Tuchwaaren.
Lager hochfeiner deutscher und englischer eleganter Anzug-, Hosen- und Paletotstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen.
Hermann Pörschel, Scheffelstr. 19.

MATTONI'S GIESSHÜBLER natürlicher alkalischer SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk, ergiebt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh.
HEINRICH MATTONI in Gieshübl Sauerbrunn.

Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1—3 (Hofgebäude).

Nr. 43. Spiegel: Bund der Landwirthe. Hofnachrichten. Landtag. Bergarbeiterbewegung. Prozeß gegen die „Rundschau", Gerichtsverhandlungen. Lilli Lehmann, Musikschule. | Muthmaßl. Witterung: Aufklärung. | **Mittwoch, 14. Februar 1900.**

Der Bund der Landwirthe.

Es bedarf heute keines besonderen Zeugnisses mehr, daß der Bund der Landwirthe ein hervorragender Machtfaktor in der Politik geworden ist. Daß er es auch fernerhin bleiben wird, hat die große Heerschau, die der Bund soeben im Cirkus Busch in Berlin abgehalten hat, wiederum bewiesen; sie verlief ebenso imposant und eindrucksvoll, wie die sechs Generalversammlungen, die ihr voraufgegangen sind. Die üblichen schablonenhaften Witzeleien, mit denen die Presse der Sozialdemokratie, des Freisinns und verwandter Richtungen diese Generalversammlungen zu begrüßen pflegt, vermögen an der erfreulichen Thatsache nicht das Mindeste mehr zu ändern, daß sich die große Organisation, die sich die deutsche Landwirthschaft geschaffen hat, von Jahr zu Jahr äußerlich und innerlich festigt, weil die Ueberzeugung in unserem Bauernstande erweitert und vertieft wird, daß nur durch starkes treues Zusammenhalten die Ziele erreicht werden können, die der Bund sich gesteckt hat und zwar nicht blos um der unmittelbaren materiellen Interessen der Landwirthschaft willen, sondern zur Förderung der allgemeinen vaterländischen Wohlfahrt. Die Zunahme der Mitgliederzahl, die auch der diesjährige Geschäftsbericht des Bundes konstatirt, läßt deutlich erkennen, daß sich in den Kreisen der Landwirthe die Erkenntniß von der Nothwendigkeit, ihre wirthschaftlichen Interessen selbst zu vertreten und nicht, wie in der Bismarck'schen Zeit, von der Regierung zu erwarten, immer weiter Bahn bricht.

Als der Bund der Landwirthe in's Leben trat, herrschten die Ansichten Caprivi's, des Mannes ohne Ar und Halm, der Deutschland zu einem Industriestaat machen wollte. Damals war die schärfste Opposition geboten. Inzwischen ist in den Anschauungen der regierenden Kreise mancher Umschwung eingetreten und wiederholt ist vom Regierungstische in Berlin aus wenigstens theoretisch den Grundgedanken der Bestrebungen des Bundes der Landwirthe Rechnung getragen worden. Aber thatsächlich verleugnet die Regierungspolitik doch immer noch vielfach das Bewußtsein, daß die Landwirthschaft als eines der wichtigsten Gewerbe in Deutschland, als ein unentbehrlicher Bestandtheil unseres staatlichen und volkswirthschaftlichen Organismus unter allen Umständen betriebsfähig erhalten werden muß. Hieraus erklärt es sich, daß sich in den Reden und in der Stimmung, die auf der diesjährigen Generalversammlung vorherrschte, wieder ein kräftiger oppositioneller Grundzug geltend machen mußte, der u. A. sehr deutlich in dem von dem Vicepräsidenten des Reichstags Freiherrn Dr. v. Freye-Adtmannsdorf ausgesprochenen Wunsche zum Ausdruck gelangte, Deutschland möge zur Lösung der großen Aufgabe der wirthschaftlichen Regeneration, der künftigen Handelsverträge, einen Reichskanzler finden, der den Spuren seines ersten Vorgängers, des Fürsten Bismarck, thatsächlich folgt. Was nützen den Landwirthen die vielen schönen Worte, wenn ihnen die Thaten nicht entsprechen? „Wir sehen," sagte einer der Hauptredner, „daß die Regierung zur Zeit zwar oft genug Bismarck'sche Worte im Munde führt, daß aber diesen Worten Bismarck'sche Thaten bisher durchaus noch fehlen." Ein anderer Redner meinte, bis jetzt seien keine Anzeichen vorhanden, daß die Regierung gewillt sei, die Interessen der Landwirthschaft und des Mittelstandes außer mit Worten auch durch Thaten zu schützen. Unter Rücksichten auf das Ausland läßt die Regierung in Berlin unser heimisches Wirthschaftsleben fortgesetzt auf Schaden leiden. Besonders drastisch zeigt sich das bei der Frage des Fleischschangesetzes. Das im Inlande gewonnene Fleisch soll für den Konsum nur geeignet sein, nachdem die Doppelbeschau des lebenden und des geschlachteten Viehes stattgefunden hat; dem Auslande gegenüber wird aber diese Doppelbeschau nicht für nothwendig gehalten, obwohl in der Begründung des Regierungsentwurfs die Auffassung geltend gemacht wird, daß nur die doppelte Beschau unbedingte Sicherheit in hygienischer Hinsicht gewährt. Der Vorsitzende Dr. Roesicke wies darauf hin, daß der Reichskanzler am 27. April 1898 im preußischen Abgeordnetenhause das Versprechen gegeben hat, daß selbstverständlich gegenüber der ausländischen Einfuhr von Fleisch und Fleischwaaren wenigstens gleichwerthige hygienische Vorsichtsmaßregeln zur Anwendung gelangen müßten, wie gegenüber den inländischen Erzeugnissen gleicher Art. Dieses „selbstverständliche" Versprechen ist nicht eingelöst worden, wohl aber das Versprechen, das Verbindungsverbot der Vereine aufzuheben. Der grundsätzlichen Opposition, der demokratischen Linken gegenüber wird Entgegenkommen erwiesen, dagegen sträubt man sich, die berechtigten Forderungen der streng monarchischen und staatserhaltenden Kreise auf Durchführung einer nationalen Wirthschaftspolitik zu erfüllen, und Diejenigen, welche sich unter konservativen Gesichtspunkten zu einer sachlichen Opposition gegen die Regierungspolitik verpflichtet fühlen, werden gemaßregelt. „Wenn die Regierung," bemerkte der Führer des Bundes der Landwirthe Freiherr v. Wangenheim, „Vorlagen bringt und diese ihr von der linken Seite abgelehnt werden, so fügt sie sich und rechnet mit diesem Votum, wenn die Kritik hierbei auch noch so scharf war. Wenn von der Rechten Vorlagen abgelehnt oder nur sachlich kritisirt werden, so findet sie das für unerhört, richtet sich nicht darnach und sucht geradezu eine Strafvollstreckung zu inaugurieren. Ich halte diese Bevormundung für verhängnißvoll. Man soll uns nicht für politische Kinder halten."

Echte deutsche Mannesworte sind am Montag im Cirkus Busch gesprochen worden, die um so herzerfrischender wirken, als der Reichstag mehr denn jemals zuvor versagt, wenn es gilt, die wahre öffentliche Meinung und den nationalen Willen zum Ausdruck kommen zu lassen. Die Führer des Bundes der Landwirthe haben noch den Muth, die Wahrheit offen und ehrlich zu bekennen und der Regierung mit Entschiedenheit gegenüberzutreten, wenn sie immer wieder Gefahr läuft, das Fahrwasser einer kraftvollen gesunden nationalen Politik zu verlassen. In seiner trefflichen Rede über „nationale Pflichten und wirthschaftspolitische Fremdthümelei" wies der Reichstagsabgeordnete Dr. Oertel die Zumuthung als unwürdig zurück, „lediglich hinter einer Regierung herzutrotten, die fast täglich, mindestens aber monatlich oder jährlich ihre Meinung zu wechseln pflegt". „Heutzutage," führte er aus, „hilft das leise Anklopfen, das demüthige Bitten nicht mehr. Es genügt nicht, daß man die bittende Hand ausstreckt, man muß die Herren auch davon überzeugen, daß man ein unbeugsames Rückgrat hat nach oben und unten. Das können wir haben, das müssen wir haben, das müssen wir zeigen! Das ist nach dem alten kraftvollen Volkswort unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit."

Selten sind bisher in Deutschland die Sympathien des deutschen Volkes für die Buren und die Segenswünsche für den glücklichen Ausgang ihres Freiheitskampfes in so erbaulicher Energie und vor einer so großartigen Versammlung bekundet worden wie auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirthe. Möchten vor Allem bei Denen, die berufen sind, die Politik des Deutschen Reiches zu führen, jene kernigen Worte Beherzigung finden, in denen Freiherr v. Wangenheim auf die Lehren aus dem südafrikanischen Kriege hinwies. „Die Bauern und der Mittelstand," sagte er, „bilden den besten und größesten Kern der seßhaften Bevölkerung in jedem Staate. Ihn vernichten, wie es die Engländer gethan haben, heißt die Nation entkräften. Denn das enge Verwachsensein des Bauern mit der Scholle, die feste Bindung der selbstständigen Existenz des Mannes des Mittelstandes an seinen Herd kann nicht ersetzt werden durch noch so viel Reichthum, durch noch so viel Pracht und Glanz, den der Welthandel bringen kann. In dem seßhaften Mittelstande, in dem seßhaften Bauernstande finden wir die festesten Stützen der Tugenden eines Volkes, die zu seiner dauernden Erhaltung nothwendig sind. In der freiwilligen Disciplin des Burenheeres finden wir die Autorität wieder, die sich bei uns in monarchischer Treue darstellt. In dem Burenheere finden wir den Gottesglauben, der die Buren mit dem Vertrauen auf ihre Kraft erfüllt. In der Heimaths-, in der Vaterlandsliebe und dem zähen Sinn, sie zu bethätigen, finden wir das Imponderabile wieder, welches auch unsere Heere begeistert hat, als sie seinerzeit auszogen, das Vaterland und die Ehre Deutschlands zu vertheidigen."

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 13. Februar.

* **Berlin.** Bei dem heutigen Festmahl im Königlichen Schlosse zu Ehren des Prinzen Heinrich brachte der Kaiser folgenden Trinkspruch aus: „Ew. Königliche Hoheit, Mein theurer Bruder! Ich heiße Dich von Herzen in unserem Vaterlande und unserer Hauptstadt willkommen! Vor zwei Jahren sandte Ich Dich hinaus, um Deine Aufgabe im fernen Osten zu lösen, und konnte es nur Gott anheim stellen, daß er Dir seinen Schutz und dem Werke Gelingen gäbe. Der freudige und begeisterte Empfang seitens aller Schichten Meiner Residenzstadt Berlin giebt Dir Zeugniß davon, mit welch' liebevollem Interesse unser ganzes Volk Dich in Erfüllung Deiner nunmehr gelösten Aufgabe begleitet hat. Der Empfang hat aber noch tiefere Bedeutung. Er ist ein unzweideutiger Fingerzeig dafür, wie groß das Verständniß für die Stärkung unserer Seegeltung in der Bevölkerung geworden ist. Das deutsche Volk ist mit seinen Fürsten und seinem Kaiser darüber willenseinig, daß es in seiner mächtigen Entwickelung einen neuen Markstein setzen will in der Schaffung einer großen, den Bedürfnissen entsprechenden Flotte. Wie Kaiser Wilhelm der Große uns eine Waffe schuf, mit deren Hilfe wir wieder schwarz-weiß-roth geworden, so schickt sich das deutsche Volk an, eine Wehr sich zu schmieden, wodurch es, so Gott will, in alle Ewigkeit schwarz-weiß-roth bleiben kann, im Inlande und Auslande. Bei Deiner Heimkehr findest Du ein blühend Knäblein in den Armen Deiner Gattin. Möchtest Du als Pathe für den neuen Zuwachs unserer jungen Flotte dasselbe sich unter Gottes Schutz in voller Stärke entwickeln sehen! Hurrah!"

* **Berlin.** Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beanstandete die Wahl des Freiherrn v. Stumm.

* **London.** Ein der „Daily Mail" aus Rensburg zugegangenes Telegramm lautet: Der Rückzug der Engländer ist auf einen schwereren Kampf zurückzuführen, als geglaubt wird. Die Verluste auf beiden Seiten sind groß. Es ist zweifelhaft, ob die Engländer Rensburg werden halten können.

* **London.** (Amtliche Mittheilung.) Die Verluste des Generals Buller vom 5. bis 7. Februar betragen 26 Todte und 334 Verwundete.

Berlin. Reichstag. Die Samoa-Vorlage wird in dritter Lesung debattelos genehmigt und sodann der Etat der Schutzgebiete in Verbindung mit den auf die Kolonialverwaltung bezüglichen Theilen des Etats des Auswärtigen Amtes und der Denkschrift, betr. die anderweite Regelung der Bezüge der Kolonialbeamten in den afrikanischen Schutzgebieten, berathen. Kolonialdirektor v. Buchka erwidert auf eine Anrede des Abg. Müller-Sagan, er halte das Klima von Südwestafrika für durchaus erträglich und zu Ansiedelungen geeignet. Die nach Kiautschou zu sendenden Beamten würden mit größter Sorgfalt ausgewählt, insbesondere würden junge Beamte nicht gleich in selbstständige Stellungen geschickt; auch werde darauf Bedacht genommen, daß sie das Klima kennen lernen und sich eine geeignete Lebensweise und eine Anpassung an die Verhältnisse aneignen. Abg. Dr. Hasse (nat.-lib.) spricht den Wunsch aus, daß sich die Kolonialverwaltung bei Auswahl ihrer Beamten nicht nur auf Juristen beschränke, sondern auch auf Ingenieure, Wasserbau-Techniker, Kaufleute ꝛc. ihr Augenmerk richte. Abg. Müller-Sagan (freis.) wundert sich darüber, daß die Gehälter für Südwestafrika und Kamerun nicht wesentlich verschieden bemessen seien, wenn in Südwestafrika das Klima ein so viel besseres sei. Kolonialdirektor v. Buchka: Die klimatische Verschiedenheit werde insofern berücksichtigt, als in Südwestafrika die Dienstzeit länger sei, als in den mehr tropischen Gegenden. Bei dem Etat für Ostafrika fragt Abg. Bebel (Soz.), ob der Direktor des Kolonialamtes Kenntniß von dem Falle habe, in dem ein Leutnant eine Frau erschossen und deren Kind todtgeprügelt haben soll. Den Namen des Leutnants will er einstweilen nicht nennen. Kolonialdirektor v. Buchka verneint, davon etwas zu wissen. — Bei dem Ausgabetitel für weiße Hilfskräfte empfiehlt der Referent Prinz Arenberg zwei Resolutionen: a) bezüglich Anstellung christlicher Eingeborenen als Unterbeamte; b) betr. Vorbildung des einheimischen Elements zur niederen Beamtenlaufbahn, speziell in Ostafrika nach bestimmten Grundsätzen, insbesondere betr. Aufnahme von Muhamedanern in die zur Zeit bestehenden religiösen Leseschulen, sowie auch in die neu zu gründenden staatlich subventionirten Missionsschulen, und zwar in diese unter Dispensation vom Religionsunterricht. Abg. Graf Stolberg (kons.) tritt für diese Resolution ein; er stimmt namentlich dem zu, daß in die unteren Beamtenstellen nur christliche Eingeborene zugelassen werden. Der Muhamedaner bleibe unter allen Umständen Muhamedaner, und das zwinge ihm gegenüber zur Vorsicht. Abgg. Dasbach (Centr.) und Stockmann (Reichsp.) äußern sich im gleichen Sinne. Abg. Bebel (Soz.) bekämpft die Resolution; gerade das muhamedanische Element qualifizire sich zum Beamten seiner größeren Intelligenz wegen. Kolonialdirektor v. Buchka lehnt zunächst ab, sich mit dem vorhin von Bebel erwähnten Falle zu beschäftigen, solange dieser nicht Namen nenne. Was die Resolution betreffe, so scheine Herrn Bebel das Christenthum ferner zu liegen, als der Muhamedanismus. Mit den Resolutionen könne sich die Regierung einverstanden erklären, nur nicht mit der Aufnahme von Muhamedanern auch in staatlich subventionirte Missionsschulen unter Dispensation vom Religionsunterricht. Abg. Müller-Sagan (freis.): Durch die Resolutionen werde die Regierung in ihren Dispositionen zu sehr beschränkt; seine Freunde würden daher den Resolutionen nicht zustimmen. Abg. Bebel (Soz.) will Herrn v. Buchka den Namen privatim nennen, ebenso in einem zweiten Mißhandlungsfalle. Was die Resolutionen anlange, so könne er nur hoffen, daß die Regierung den darin gewiesenen Weg nicht betreten werde. Eine staatliche Subvention von Missionsschulen sei nicht zu empfehlen, bevor nicht zum mindesten skandalöse Unzuträglichkeiten, die auch bei diesen Schulen sich gezeigt hätten, beseitigt würden. Die Abstimmung über die Resolutionen wird einstweilen ausgesetzt. — Die Besoldungen bei den Schutztruppen werden debattelos in der von der Kommission beschlossenen Höhe unter Abstrich von 30,000 Mk. genehmigt, sämmtliche auf den Eisenbahnbau bezüglichen Titel einstweilen zurückgestellt und im Uebrigen der Etat für Ostafrika angenommen. Die Etats für Kamerun und Togo werden debattelos genehmigt. — Es folgt der Etat für Südwestafrika. Abg. Bebel (Soz.) bemängelt die Form der Arbeitsverträge, welche mit deutschen Arbeitern bei Anwerbung derselben für den Bahnbau in der genannten Kolonie abgeschlossen würden. Der Arbeiter müsse sich z. B. auf drei Jahre verpflichten, während der Arbeitgeber den Arbeiter jederzeit mit nur einem Monat Frist kündigen könne. Weiter bringt Redner den bekannten Fall des Prinzen Prosper Arenberg zur Sprache. Kaum glaublich sei es, daß der Prinz mit nur 2½ Jahren Gefängniß oder gar nur Festung bestraft sein solle. Das Schlimmste aber sei die angenehme Reise nach Deutschland, sein freier Aufenthalt mit Dienerschaft in Hamburg, wo er noch dazu einem Manne von der Presse gesagt habe, er hätte als Ehrenmann gehandelt, — wohlverstanden, ein Vorgesetzter, der an einem Untergebenen einen Mord begangen habe. Bei der Gelegenheit habe man erfahren, daß schon vor zwei Jahren ein Sergeant Hübner ebenfalls an einem Untergebenen einen Mord verübt habe. Kolonialdirektor v. Buchka: Ich bin mit Herrn Bebel einverstanden, daß, wenn die That so liegt, wie man sie geschildert hat, sich jedes menschliche Gefühl empören muß. Zur Zeit bin ich nicht in der Lage, Näheres mitzutheilen, da ein rechtsgiltiges Erkenntniß, welches die kaiserliche Bestätigung gefunden hätte, noch nicht vorliegt. Die Sache ist noch im Stadium der Untersuchung. Gegen den Prinzen wird von hier aus völlig ohne Ansehen der Person verfahren werden. Ich habe telegraphisch bei dem dortigen Gouverneur angefragt und erhielt zur Antwort, daß der Prinz mit Heimathsurlaub abgereist sei. Ich war nicht in der Lage, das zu verhindern. In Hamburg war er nun so lange, bis er eine Ergänzung seiner Uniformstücke bewirkt hatte. Was das Interview anbelangt, so erklärt Prinz Arenberg, daß er nur von einem amerikanischen Berichterstatter aufgesucht worden sei und diesen scharf zurückgewiesen habe. Ich muß annehmen, daß dasjenige, was die Presse ihm dieserhalb zur Last legt, falsch ist. Ich habe über ihn die Untersuchungshaft verhängt, in der er sich noch jetzt befindet. Man hat gesagt, er wäre vor seiner Aufnahme in die Schutztruppe aus dem Heere entlassen worden wegen Mißhandlung eines Untergebenen. Das ist nicht richtig. Seine Conduite war damals gut, erst nachher gelangte an uns die Mittheilung des Kommandos des 7. Armeekorps, daß über den Leutnant 10 Tage Stubenarrest verhängt sei wegen Mißhandlung eines Burschen während des Manövers 1898. Da er wegen der That keinesfalls aus der Armee entlassen worden wäre, so konnte auch ich ihn nicht entlassen, ich habe ihn aber sofort verwarnt, er würde, wenn sich ein solches Vergehen wiederhole, sofort entlassen werden. Was den Sergeanten Hübner anbelangt, so hat dieser in einem Streit mit einem deutschen Ansiedler diesen erstochen. Er ist mit Degradation und längerer Freiheitsstrafe bestraft worden. Noch eine allgemeine Bemerkung: Solche Thaten können für die christliche Kultur in unseren Kolonien natürlich nicht ersprießlich sein. Ich bin auch damit einverstanden, daß dort viel zu viel geprügelt werde. Dadurch erzieht man die Eingeborenen nicht zur christlichen Kultur. Ich habe deshalb verfügt, daß nur äußerst selten und nur, wenn die zwingendste Nothwendigkeit es erfordert, Prügelstrafe verhängt werde. Ich werde unnachsichtlich darauf halten, daß diese Verordnung beobachtet wird. Daß freilich solche Fälle, wie der vorliegende, überhaupt vorkommen, ist betrübend; aber ändern läßt sich diese Thatsache nicht, so lange es Menschen giebt mit menschlichen Leidenschaften. Wir werden bei der Auswahl unserer Beamten nach wie vor die größte Vorsicht walten lassen. Ich bitte Sie jedenfalls, nicht einzelne Fälle zu verallgemeinern. Unsere Beamtenklasse ist im Allgemeinen eine gute; solche Fälle, wie der Fall Arenberg, sind nur Ausnahmen. (Bravo.) Der Redner geht dann noch auf die Frage des Arbeitsvertrags ein, dessen Inhalt im Allgemeinen den Verhältnissen entspreche. Abg. Gröber (Centr.): Wenn der Thatbestand im Falle Arenberg richtig geschildert worden ist, so liegt ein ganz unmenschliches Verbrechen vor, bei dem das höchste Strafmaß berechtigt ist. Im Namen meiner Freunde erlaube ich mir, hier die Erwartung auszusprechen, daß diese Handlung die volle Strenge und Gerechtigkeit des Gesetzes erfahren werde. Abg. Dr. Hasse (nat.-lib.) spricht Namens seiner Freunde seine Genugthuung über die Worte des Vorredners aus und fragt, wer denn eigentlich im Falle des Prinzen Arenberg die Auswahl getroffen habe. Kolonialdirektor v. Buchka erwidert, es habe kein Mensch einen Einfluß ausgeübt, er allein trage die Verantwortung. Er wiederhole, daß er von den früheren Vergehen des Prinzen Arenberg vorher nichts gewußt habe. Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Aber der Herr Kolonialdirektor hat doch Kenntniß von der Burschenmißhandlung erlangt, ehe er Arenberg hinausschickte, wie konnte er ihn da hinausschicken, anstatt ihn zu entlassen. Kolonialdirektor v. Buchka: Eine besondere Erkundigung nach der Vergangenheit des Leutnants war für mich nicht nöthig, weil die Regimentskommandeure ohnedies verpflichtet sind, das erforderliche Material zu liefern. Seine Führungsliste war gut, entlassen konnte ich ihn gar nicht; denn wegen eines Vergehens, welches mit 10 Tagen Stubenarrest bestraft wird, wäre die Entfernung aus der Armee nicht erfolgt. Abg. Bebel (Soz.) erklärt es für das Bedenklichste an dem ganzen Falle, daß ein Mann, der einen solchen Mord begangen habe, Heimathsurlaub erhalten hat. (Ruf: Sehr wahr!) Jedenfalls werde wohl auch die Strafe milder ausfallen, und er sei schon jetzt überzeugt, daß der Mann nach mehreren Monaten begnadigt werde. Abg. v. Kardorff (Reichsp.) stimmt dem Vorredner bezüglich des Heimathsurlaubs bei und kann nicht

Triumph-Seife
ist doch die beste für Wäsche und Haushalt
Meine Frau sagt